

Boden frei!

1927 wurde die Wiener Lobau zum Schauplatz eines außergewöhnlichen Besiedlungsprojekts. Arbeitslose griffen zu Harke und Spaten, um sich eigenmächtig neue Existenzen aufzubauen - und gerieten in einen erbitterten Konflikt mit den Institutionen im Roten Wien. Binnenkolonisierung in Österreich (Teil 1 von 2)

Von Barbara Eder

Die letzte Szene wirkt wie ein Schlag ins Gesicht: Auf der Leinwand zu sehen sind Wiener Kinder, die nur dem Anschein nach dieselbe Stadt bewohnen. Sie teilen geographische Koordinaten und wachsen doch in unterschiedlichen Welten auf: Hier der Nachwuchs erwerbsloser Industriearbeiter, die in Abfallkörben am Stadtrand nach Essbarem wühlen. Dort die Sprösslinge proletarischer Siedler, die vor selbstgebauten Hütten riesige Butterbrote in den Händen halten.¹ Eine Stadt, zwei Welten – getrennt entlang der Verteilung von Arbeit, Boden und dem Verlauf der Donau, der in ein Diesseits und ein Jenseits separiert.

Die Kontrastmontage aus dem Film »Boden frei«, von Mayer's Filmbüro aus Archivmaterial und eigens gedrehten Aufnahmen zusammengestellt, macht sichtbar, was Statistiken allein nicht zeigen können.² Die Premiere des Films war für den 15. Juni 1929 im Lichtspieltheater Michelbeuern in der Wiener Kreuzgasse 27 geplant gewesen.³ Entgegen aller Erwartungen fand sie nicht statt. An alle Kinobetreiber erging im Vorfeld ein Schreiben, in dem angekündigt wurde, »zwecks wichtiger Mitteilungen zu einer Besprechung«⁴ einzuladen.

Manche Einladungen nimmt man besser nicht an. Der 1943 im KZ Theresienstadt ermordete Publizist Leo Einöhl, seit März 1928 Eigentümer, Herausgeber und Verleger der oppositionellen Zeitschrift *Freiheit!*, wusste, warum. Die »Rathäusler«, wie er die sozialdemokratischen Machteliten nannte, wollten den »unangenehmen Film« auf informellem Weg aus der Öffentlichkeit verbannen. Ein direktes Verbot war nicht verhängt, statt dessen Druck auf die Kinobetreiber ausgeübt worden, die auf die jährliche Erneuerung ihrer vom Land Wien vergebenen Konzessionen angewiesen waren. Einöhl erschien diese Form der Einflussnahme über die Hintertür perfider als eine offene Zensur wie etwa im Vormärz.⁵

Ein Wink aus dem Rathaus hatte genügt. Was aber machte den kaum einstündigen Film für die »Rathäusler« derart gefährlich? In »Boden frei – Film

der Arbeitslosen« sind Bilder städtischen Elends zu sehen, die es im Roten Wien offiziell nicht geben durfte. Die Eltern jener Kinder, die sich im Film satt essen, waren keine Industriearbeiter, die in Werkssiedlungen vom Zuschnitt des niederösterreichischen Marienthals wohnten, sondern Bewohner einer Kolonie am nördlichen Stadtrand von Wien. Im Mai 1927 begann dort eines der außergewöhnlichsten Binnenkolonisierungsprojekte der Zwischenkriegszeit. Arbeitslose und Ausgesteuerte griffen zu Harke und Spaten, um sich vor Ort anzusiedeln. In »Boden frei« treten sie nicht als Bittsteller und Almosenempfänger auf, sondern als handelnde Subjekte, die ihre Geschichte selbst in die Hand nehmen.

Aufbruch ins Inland

Am 26. Mai 1927 gegen elf Uhr setzte sich ein Zug von rund tausend Kolonisten vom Wiener Rathaus aus in Bewegung. Ihren Besitz transportierten sie in vier Wagen: Werkzeug, Hausrat, Bretter, Saatgut und weitere Habseligkeiten, die sie noch besaßen.⁶ Unter ihnen fanden sich Männer, Frauen und Kinder, die vor dem Aufbruch hoffnungsvoll das »Lied der Arbeit« anstimmten, viele von ihnen hatten ihre alten Wohnstätten bereits aufgegeben.⁷ Ihr Ziel war ebenso schlicht wie radikal: sich als Landarbeiter eine Existenz am Rande Wiens aufzubauen. Der Exodus führte nicht nach Übersee, er endete in der eigenen Stadt.

Zum Zeitpunkt des Aufbruchs wurde die Innenkolonisation in kommunistischen, linksradikalen und anarchosyndikalistischen Kreisen gleichermaßen diskutiert. Selbst die Vertreter der sozialdemokratisch dominierten Arbeiterkammer sahen darin eines der geeignetsten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und unterstützten die Forderung, arbeitslosen Städtern durch Zuweisung von Boden eine produktive Existenz am Rand zu ermöglichen. Auch die christlich-sozialen Landwirtschaftskammern standen dem Konzept aufgeschlossen gegenüber und arbeiteten an Programmen, um aus der Landwirtschaft kommende Erwerbslose wieder in einschlägige Tätigkeiten zurückzuführen.⁸ Die Interessenvertreter des Agrarkapitals lehnten das potentiell damit verbundene Abtreten von Großgrundbesitz entschieden ab – nicht ohne Grund: Die Abgabe von Boden für Siedlungszwecke tangiert die Eigentumsfrage und damit die Basis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Für die einen stellte sich die Lobau als Naturistenparadies auf Zeit dar, für andere bot sie die letzte Chance auf autarkes Überleben. Der Ottakringer Sozialdemokrat, Landtagsabgeordnete und Landeskulturrat Josef Wagner, vormals bei der Stadt Wien als Kassenbeamter beschäftigt, galt bezüglich der Besiedelung dieses Gebiets als Wortführer. Im September 1926 war er während der wilden Besetzungen in der Oberau als Kolonistenführer hervorgetreten⁹, popularisiert hatte er die Idee der Innenkolonisation als Obmann des Vereins »Kolonien in der Heimat«.

Die Idee einer »Auswanderung nach Österreich« solle möglichst vielen Erwerbslosen zu einer selbständigen Existenz verhelfen – ohne Rohstoffraub, aufwändige Fernverbindungen und kolonial-rassistische Spaltung in Eigenes und Fremdes. Demnach verkündete Josef Wagner im Juli 1926 im Boulevardblatt *Der Abend*: »Der arbeitslose Österreicher muß Kolonist nicht in Rußland, Brasilien, Kanada, sondern in Österreich werden. Warum? Weil es grenzenloser Unsinn ist, auszuwandern, wenn noch die Möglichkeit besteht,

sich in der Heimat eine noch dazu vollkommen gesicherte Stellung zu begründen.«¹⁰

Für das Projekt hatte die Gemeinde Wien ein rund 104 Hektar großes Pachtgelände zwischen Steinsporn und Kleinem Biberhaufen zur Verfügung gestellt.¹¹ Als Entgelt vereinbart war in den ersten beiden Jahren lediglich ein Anerkennungszins, ab dem dritten Pachtjahr jedoch 200 Kilogramm Korn je Joch, was einem damaligen Gegenwert von rund 70 Schilling entsprach.¹² Die Lobau-Kolonisten hatten somit zwei Jahre Zeit, um die Rentabilität ihres Vorhabens unter Beweis zu stellen; in Schuldknechtschaft bei der Gemeinde Wien standen sie von Beginn an.

Zwischen einhundertfünfzig und dreihundert Personen – die Zahlen divergieren stark – erhielten im Mai 1927 eine der begehrten Siedlerstellen in der Lobau; jeden Donnerstag holten sie sich ihr Arbeitslosengeld an einer eigens dafür eingerichteten Stelle am Nordwestbahnhof ab – vorausgesetzt, sie waren noch nicht ausgesteuert. Die Urbarmachung des Gebiets erfolgte schrittweise: Bäume wurden gefällt und ihre armdicken Wurzeln mit Traktoren und Eisenpflügen aus dem Boden gerissen. Auf dem gerodeten Grund ließen sich einfache Baracken errichten und Parzellen anlegen, bald würden die Siedler mit der Aussaat beginnen können.

Querelen unter den Siedlern

»Die Lobauer Siedler, die größtenteils als mittellose Industriearbeiter vor mehr als vier Jahren den Versuch unternommen haben, brachliegenden Auboden zu besiedeln, sind heute größtenteils in der Lage, sich aus Grund und Boden ihren Lebensunterhalt zu erarbeiten«¹³, heißt es in einem Bericht des *Österreichischen Kuratoriums für Wirtschaftlichkeit* aus dem Jahr 1933. Zu diesem Zeitpunkt waren viele Kolonisten der Anfangstage nicht länger vor Ort. Die nachträgliche Darstellung zeichnet ein trügerisches Bild.

Die Euphorie des Aufbruchs währte nicht lange. »Wenn man den Kolonisten zuhört und zusieht, so glaubt man, daß ›Arbeit‹ ihr einziger Wortschatz ist«¹⁴, schrieb *Der Abend*. Der Alltag eines Siedlers war streng geregelt: Die Tagwache begann um 5 Uhr früh, um 6 Uhr war Arbeitsbeginn. Ein halbes Jahr nach Siedlungsbeginn verfügten die Kolonisten bereits über drei Blockhäuser, eine Gemeinschaftsküche und ein Vereinslokal. Im Hühner- und Schweinestall des benachbarten Gasthofes Kierischitz hatten sie anfangs ihre Nachtlager.

In jedem Blockhaus lebten fünfzehn bis zwanzig Menschen, wobei die Hausgemeinschaften äußerst straff organisiert waren: An ihrer Spitze stand jeweils ein gewählter Zimmerkommandant, der über »unumschränkte Befehlshaberplichten«¹⁵ verfügte. Josef Wagner hatte das auf sozialer Kontrolle und regelmäßigem Rapport basierende Regime durchgesetzt und stieß damit nicht bei allen Siedlern auf Gegenliebe: Auf der »außerordentlichen Reichsdelegierten-Konferenz« des Verbandes »Kolonien in der Heimat« wurde er als Vereinsobmann abgesetzt.¹⁶

Die straffe Organisation nach innen bot keineswegs Schutz vor dem zunehmend unkontrollierbaren Außen. Vereinsfremde Personen hatten sich immer wieder Zugang zum Siedlungsgebiet verschafft, Josef Wagner bezeichnete sie auch als

»parasitäre Erscheinungsformen des Proletariats«¹⁷. Bei den von ihm gesichteten »Eindringlingen« – so sollte sich später herausstellen – handelte es sich um Schrebergärtner mit Pachtverträgen seitens der Stadt Wien. Ihre Ansiedelung geschah ohne Absprache und stellte aus Sicht vieler Vereinsmitglieder den Beginn einer systematischen Zermürbung dar.

Auch im Inneren kämpften die Kolonisten mit Querelen. Aus ihrem Vereinslokal waren Schreibmaschine und Druckerpresse entwendet, das Holzlager – und somit ihr Arbeitskapital – mehrmals geplündert worden. Es gab Fisch- und Wilddiebstahl sowie Raufexzesse und Brandlegungen, zudem blieb der Verein nach der Absetzung Wagners gespalten. Eine oppositionelle Gruppe um Franz Newerkla, Otto Müllner und Hans Prohaska stellte den bisherigen Kurs in Frage. Anders als Wagner, der die Innenkolonisation legalistisch absichern wollte, kam Newerkla aus der Erwerbslosenbewegung und setzte auf Selbstorganisation statt Verrechtlichung.¹⁸ Als Gründer des »Selbsthilfeverbandes der Arbeitslosen Österreichs« propagierte er ein Recht auf Arbeit und den Zugriff auf brachliegenden Boden. Newerkla stand dem Anarchisten Rudolf Großmann, der Öffentlichkeit als Pierre Ramus bekannt, nahe und bewegte sich im Milieu syndikalistischer, pazifistischer und herrschaftsloser Sozialisten, die staatliche Fürsorge durch autarke Organisierungen von unten ersetzen wollten – anstelle von »Rotfront« war »Not Front« ihre Losung.¹⁹

Betrogene Proletarier

Im Januar 1928 wandte sich der als Vereinsobmann abgesetzte Josef Wagner in einem offenen Brief an den sozialdemokratischen Bürgermeister Karl Seitz. Im Oppositionellenblatt *Freiheit!* erhob er schwere Vorwürfe gegen die Gemeinde Wien und ihre Verwalter: Den im Verein »Kolonien in der Heimat« organisierten Arbeitslosen seien kurz vor den Nationalratswahlen im April 1927 günstige Pachtgründe als Gegenleistung dafür, sozialdemokratisch zu wählen, in Aussicht gestellt worden. Neben den Gebieten in der Lobau war ihnen auch eine Unterstützung von 100.000 Schilling zugesagt worden, die niemals ankam.²⁰ Während unzählige Kolonisten auf Beschäftigung warteten, habe die Gemeinde Wien vor Ort Schrebergärtner angesiedelt und slowakische Arbeiter mit Rodungsarbeiten beauftragt.²¹

Was Wagner frappte, war die demonstrative Verweigerung jedweden Gesprächs: »Es ist Ihnen als Politiker bekannt, daß in der Monarchie der Kaiser jede Woche zweimal Audienz gab, zu der auch der ärmste Mensch Zutritt hatte«²², schrieb Wagner an Seitz. Für den Wiener Bürgermeister war er längst zum unbequemen Gegenspieler geworden. Der Konflikt verlief entlang divergierender Vorstellungen von sozialistischer Politik: hier die von oben gesteuerte, paternalistische Wohlfahrts- und Wohnbaupolitik des Roten Wien, dort eine von unten organisierte »Landnahme«, basierend auf unmittelbarem Zugang zu den Produktionsmitteln.

Bürgermeister Seitz schwieg wie ein absolutistischer Herrscher – und das hatte Methode. Der Konflikt zwischen Lobau-Kolonisten und »Rathäuslern« endete schließlich vor Gericht. Im Juli 1929 verklagte die Gemeinde Wien erstmals einen Kolonisten wegen Besitzstörung, um einen Präzedenzfall zur Räumung der Lobau zu schaffen. Im September 1929 brachte der »Reichsbund der

unabhängigen Kolonisten Österreichs« wiederum eine Räumungsklage gegen die mutmaßlich von der Gemeinde Wien in der Lobau angesiedelten Schrebergärtner ein. Ein rechtskundiger Beamter des Wiener Magistrats trat im Prozess als Zeuge auf und intervenierte zugunsten der angeklagten Schrebergärtner. Die Klage des Vereins scheiterte daran, dass die Gemeinde Wien dem Nachfolger von »Kolonien in der Heimat« infolge seiner Umbenennung in »Reichsbund der unabhängigen Kolonisten Österreichs« im November 1927 die Rechtsnachfolge für den Pachtvertrag streitig machte. Dem Versuch, vor Gericht einen Ausgleich herbeizuführen, brachte die Gemeinde Widerstand entgegen.

Im November 1929 sollten zwölf der rund dreißig Familien, die mit Zustimmung der Stadt Wien in der Lobau angesiedelt worden waren, ihre rechtlichen Ansprüche auf Grund und Boden verlieren. Anstatt Einzelpachtverträge mit ihnen abzuschließen, drohte die Gemeinde jenen, die sie dort hatte arbeiten lassen, mit Räumungsklagen im Fall des Versagens von Besitzstörungsklagen. Der Richter machte dem Gemeindevertreter den Vorschlag, die Klage zurückzuziehen, wozu dieser bereit war. Die mediale Berichterstattung über den weiteren Prozessverlauf endete mit dieser Information in einer Randspalte in der *Freiheit!* vom 18. November 1929. Schon zu einem früheren Zeitpunkt erkannte ein Kommentator des Kolonistenprozesses im Taktieren der Gemeinde Wien eine Strategie, die heute »Gentrifizierung« heißt: »Die Kolonisten haben gerodet. Nun übernimmt wieder die Gemeinde, respektive die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft, was dasselbe ist, das Grundstück in Bewirtschaftung. So praktiziert man es mit Kleinbauern seit Jahren, warum nicht auch mit Kolonisten?«²³

Pogen und Pflügen

Nennenswerte Vertreter der Sozialdemokratie, darunter Otto Bauer, hatten in der Innenkolonisation ein Instrument proletarischer Selbsthilfe gesehen.²⁴ Die sozialdemokratische Stadtregierung stand diesem Projekt von Beginn an ambivalent gegenüber. Anfangs machte die Gemeinde Wien noch Zugeständnisse an die Siedlerinnen und Siedler, forcierte wenige Jahre später jedoch deren Prekarisierung. Für die paternalistische Politik des Roten Wien stellte die auf Autarkie ausgerichtete Organisationsform vieler Kolonisten einen Affront dar: Während sie auf ein Leben und Arbeiten im Kollektiv setzten, fokussierten die Chefideologen im Rathaus auf kommunal gelenkte Gemeindebau- und Schrebergartenpolitik sowie den Zwang zu fremdbestimmter Lohnarbeit.

Die vormaligen arbeitslosen Siedlerinnen und Siedler wollten nicht verwaltet, sondern in die Lage versetzt werden, sich selbst zu versorgen. Ihre Losung lautete: Boden frei! Die Bewohner der heute in der Primavesigasse 5–7 niedergelassenen Autonomen Wagenburg (AKW) verfolgen dasselbe Ziel. Ihre Existenzweise verstehen sie als gelebte Kritik an den herrschenden Verhältnissen. In den Anfangsjahren um 2009 mussten sie sich deshalb wiederholt gegen behördliche Repression und Angriffe der FPÖ behaupten. Zwischen Wohnwaggons und Gemüsebeeten gibt es Tischtennisturniere und Konzerte – Leben und Arbeiten als Symbiose aus Punkrock und Selbstversorgung, Pogen und Pflügen: »Wenn Geiz geil ist, dann gilt: Dreck ist Freiheit!«²⁵

Und doch: Die Vorführung von »Boden frei – Film der Arbeitslosen« fand statt – Monate später und an einem anderen Ort. Unter tosendem Applaus hatte der Film am 8. August 1929 im Festsaal der Neuen Wiener Handelsakademie am Hamerlingplatz Premiere. »Aber dieser Fleiß der Kolonisten läßt die Rathäusler nicht schlafen«, hieß es in einem der Untertitel zu den bewegten Bildern des Schwarz-Weiß-Streifens. Hunderten, wenn nicht Tausenden, haben sie die unsichere Auswanderung ins Ausland erspart, denn: Wer hier geboren ist, soll auch das Recht haben, zu bleiben.

Anmerkungen

1 Der Film »Boden frei – Film der Arbeitslosen« (Ö 1929) gilt als verschollen. Die Beschreibung der Schlusszene stammt aus dem Artikel »Die Abenteuer der Lobauer Kolonisten. Und ein Projekt gegen Arbeitslosigkeit und teure Preise«, erschienen in *Freiheit!*, 17.8.1929, S. 3.

2 1926 waren österreichweit rund 244.000 Personen – und damit mehr als zehn Prozent der Bevölkerung – arbeitslos. Nahezu drei von zehn unter ihnen waren ausgesteuert und hatten damit jeden Anspruch auf staatliche Unterstützung verloren, vgl. Dieter Stiefel: *Arbeitslosigkeit. Soziale und politische Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918–1938*. Berlin 1979.

3 »Ein Film der österreichischen Kolonisten«, *Freiheit!*, 15.6.1929, S. 4

4 »Die Rathäusler verhindern die Aufführung eines unangenehmen Filmes«, *Freiheit!*, 18.6.1929, S. 3

5 Ebd. An dieser Stelle schreibt der Verfasser: »Hiermit haben wir ein Musterbeispiel roter Methoden vor uns. Da wird auf Betreiben der Sozialdemokraten die Film- und Theaterzensur abgeschafft, der Kinobesitzer aber, der es wagt, einen Film vorzuführen, der den Roten unangenehm ist, wird mit wirtschaftlichen Erpressungen bedroht, bis er nachgibt. Das bedeutet eine Zensur, die ärger ist als die des Vormärz, weil sie auf nackter Gewalt und Willkür aufgebaut ist.«

6 Vgl. Robert Hoffmann: *Kolonien in der Heimat. Die Ansiedlung Arbeitsloser 1927*. In: Fritz Keller (Hg.): *Lobau – Die Nackerten von Wien*. Wien 1985, S. 47f.

7 »Der Zug in die Lobau. Versammlung des Vereines Kolonien in der Heimat«, *Arbeiter-Zeitung*, 24.5.1927, S. 7

8 Vgl. Robert Hoffmann: »Nimm Hack' und Spaten ...« *Siedlung und Siedlerbewegung in Österreich 1918–1938*. Wien 1987, S. 117ff.

9 Im September 1926 hatten rund 180 Personen unter Josef Wagners Führung bei Orth an der Donau das ehemalige k.-u.-k.-Jagdgebiet in der Oberau besetzt. Nachdem den Kolonisten ersatzweise Flächen im Marchfeld und im Wienerwald zugesichert worden waren, wurde das Gebiet, angeblich friedlich, geräumt, vgl. Hoffmann: »Nimm Hack' und Spaten ...«, S. 119–126. Ein Arbeiterkorrespondent schrieb hingegen in *Die Rote Fahne* vom 12.9.1930 auf Seite 8: »Der bürgerliche Staat wollte mit Hilfe von 700 Gendarmen diese proletarische Besetzung im Interesse des geheiligten Privateigentums

verhindern. Was ihm nicht mit dieser Hilfe gelang, erreichte er zum Großteil durch den Verrat der Führer.«

10 Josef Wagner: »Wann beginnt die Schaffung der ersten Kolonien in der Heimat?«, *Der Abend*, 20.7.1926, S. 4

11 Vgl. Hoffmann: Kolonien in der Heimat, S. 50

12 Vgl. »Kolonien in der Heimat«, *Burgenländische Freiheit*, 3.6.1927, S. 4

13 Österreichisches Kuratorium für Wirtschaftlichkeit (Hg.): Der Aufbau des österreichischen Siedlungswerkes. Bericht des ÖKW-Arbeitsausschusses »Innenkolonisation«. Wien 1933, S. 178

14 »Die Kolonisten in der Lobauheimat«, *Der Abend*, 4.6.1927, S. 3

15 »Brasilien in der Umgebung Wiens«, *Der Abend*, 7.12.1927, S. 3

16 »Kulturrat Josef Wagner von den Kolonisten gestürzt«, *Die Stunde*, 27.7.1927, S. 2

17 Josef Wagner: »Die Zustände in der Lobau«, *Die Rote Fahne*, 20.12.1927, S. 5

18 Wagner gehörte zu jenen Politikern, die ein Gesetz zur Innenkolonisation forderten; zur Verabschiedung kam es jedoch nie, vgl. »Das Problem der Innenkolonisation«, *Wiener Zeitung*, 26. März 1929, S. 1.

19 Vgl. Gerhard Senft: »Franz Newerkla und die Liberalsozialistische Union«. In: Freiwirtschaftliche Markierungen in Österreich 1860–1960. Virtuelle Ausstellung, Wirtschaftsuniversität Wien, online unter <https://www.wu.ac.at/geschichte/institut/forschung/virtuelle-ausstellung-freiwirtschaftliche-markierungen/die-liberalsozialistische-union>

20 Wenn, dann wären die Zugeständnisse der als Stimmvieh missbrauchten Kolonisten nicht gering gewesen: 1927 verfügte der Verein »Kolonien in der Heimat« über 30.000 Mitglieder, vgl. »Betrogene Proletarier«, *Freiheit!*, 12.9.1929, S. 4.

21 In einem im Auftrag von Bürgermeister Seitz verfassten Leserbrief, abgedruckt in *Freiheit!* vom 25.11.1929 auf Seite 4, dementiert der in parteilichen Dingen umtriebige Rechtsanwalt Arnold Eisler beide Aussagen.

22 Josef Wagner: »Betrogene Proletarier melden sich in der ›Freiheit!‹ zum Wort. Offener Brief an Bürgermeister Karl Seitz«, *Freiheit!*, 11.1.1928, S. 2

23 »Der Kolonistenprozeß gegen die Gemeinde«, *Freiheit!*, 6.11.1929, S. 3

24 Vgl. dazu das Protokoll des Nationalrates, 23.9.1926, 3860, vgl. Hoffmann: »Nimm Hack' und Spaten«, S. 122

25 Vgl. AKW Lobau (Hg.): Wapla-Zine. Das Zine des Autonomen Wagenplatzes Lobau, Nr. 1, Winter/Frühling 2016, online https://akwlobau.wagenplatz.at/wp-content/uploads/2016/03/waplazine1_WEB3.pdf, S. 3

→ Barbara Eder schrieb an dieser Stelle zuletzt in der Ausgabe vom 23./24. Mai 2026 über den Philosophen Martin Heidegger: [»Dichten und vernichten«](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/528225.geschichte-österreichs-boden-frei.html>